

TRANSATLANTISCHES FREIHANDELSABKOMMEN (TTIP):

Auf dem Weg zur grössten Freihandelszone

TTIP beschäftigt die Menschen wie kein anderes Thema: Für die einen verspricht das Abkommen Wachstum und Arbeitsplätze, für die anderen ist es eine Bedrohung der Demokratie und sozialer Errungenschaften. Doch was bedeutet es für die Schweiz?

von Florencia Figueroa



Gegner protestieren mit einer Demoaktion gegen die geheim geführten TTIP-Verhandlungen der EU und USA.

«**M**einer Meinung nach müssten solche Handelsverträge eigentlich innerhalb der Welthandelsorganisation, also der WTO, geschlossen werden, damit die ganze Welt einbezogen werden kann. Dass sich stattdessen einzelne Länder miteinander einigen und andere damit ausschliessen, finde ich bedenklich», betont Christof Dietler, Präsident der Qualitätsstrategie der schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft, eines Vereins, der sich für die Qualitätssicherung von schweizerischen Produkten einsetzt, an der Veranstaltung «TTIP und die Schweiz» (siehe Kasten).

Allerdings: Die WTO-Minimalstandards, die den weltweiten Handel regulieren sollen, sind nicht nur veraltet – sie wurden vor über zwanzig Jahren ausgehandelt –, sie werden in absehbarer Zeit auch nicht erneuert werden. Deshalb haben einzelne Länder damit angefangen, eigene Verträge auszuhandeln, zum Beispiel das CETA, ein Abkommen zwischen Kanada und der EU, oder das TPP, ein Abkommen zwischen den USA, Chile, Australien, Brunei, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Singapur, Peru, Vietnam und Neuseeland. Das grösste Handelsabkommen ist jedoch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), ein Vertrag zwischen den USA und der EU. Mit diesem

würden die USA und die EU einen gemeinsamen Wirtschaftsraum schaffen, der sich von Los Angeles bis Bukarest erstreckt und achthundert Millionen Verbraucher umfasst.

Dass dieser Vertrag Folgen für die Welt haben wird, ist unbestritten; doch gehen die Meinungen weit auseinander, in welcher Weise sich dieses Abkommen auf die Vertragspartner, aber auch auf die Länder, die davon ausgeschlossen sind – die sogenannten Drittstaaten –, auswirken wird. «Zudem besteht kaum Transparenz über die Verhandlungen. Es ist deshalb schwierig, eine Bilanz zu ziehen», sagt Prisca Birrer-Heimo, SP-Nationalrätin und Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz. «Die Frage ist, inwieweit die Meinung der Verbraucher überhaupt zählt, wenn man bedenkt, dass es bei diesen Verhandlungen um knallharte wirtschaftliche Interessen und um Marktanteile geht. Und obwohl noch nicht ganz klar ist, worüber verhandelt wird, gibt es bereits Dinge, die ich kritisch beurteile.» Damit steht die Konsumentenschützerin nicht allein da. Viele Verbraucher befürchten insbesondere, dass durch das Abkommen europäische Standards verwässert werden. Ein Ziel von TTIP ist nämlich, die Standards der EU und der USA einander anzunähern, damit der Handel zwischen den Nationen vereinfacht wird. Da die

Standards der USA laut den TTIP-Gegnern allerdings schwächer sind als diejenigen der EU, könne der Vertrag nur dazu führen, dass die EU ihre Standards nach unten korrigieren muss. So würde beispielsweise nach Meinung der Gegner die EU, die Chlorhühner verbietet, mit dem Abkommen Chlorhühner zulassen müssen, weil sie in den USA nicht verboten sind.

TTIP – eine Chance für Europa

An der Informationsveranstaltung, die der Verein organisiert hat, bestreitet das Berend Diekmann, Referatsleiter «Aussenwirtschaftspolitik, Nordamerika» beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: «TTIP bedeutet nicht, dass Standards zwischen der EU und den USA in jedem Fall harmonisiert werden.» Bei den Verhandlungen gehe es vielmehr darum, bestehende Regulierungen gegenseitig anzuerkennen oder gemeinsam weiterzuentwickeln. Die Verhandlungen seien für Europa demnach eine Chance, eine Art Musterabkommen abzuschliessen, das auch für alle anderen globalen Handelsverträge als Vorbild dienen könnte: «Also eine Chance für Europa, die Spielregeln der Globalisierung selber zu bestimmen, bevor es aufstrebende Schwellenländer wie China oder Indien tun.» Und das wird laut Berend Diekmann der Fall sein:

«Denn diese Länder schliessen ganz ungeachtet des TTIP-Vertrags ihre eigenen Abkommen ab.» Die Verhandlungen abzubrechen sei für Europa deshalb keine gute Option.

Gemäss Christof Dietler würden aber genau jene Länder, die den Zugang zu den Märkten am dringendsten nötig hätten, zu den Verhandlungen erst gar nicht zugelassen. Die Völkerrechtsexpertin Elisabeth Bürgi Bonanomi hält denn auch fest, dass gerade Entwicklungsländer beim TTIP-Abkommen das Nachsehen haben werden. Der Zugang zu den reichen Märkten der USA und der EU würde für sie durch TTIP nämlich noch schwieriger. Zwar sei die Schweiz kein Entwicklungsland, doch habe auch sie als unbeteiligter Drittstaat mit Folgen zu rechnen. Zuerst zu den positiven: «Profitieren kann die Schweiz beispielsweise davon, dass sie für ihre Produkte nicht mehr zwei Zulassungen braucht, also eine für die USA und eine für Europa, sondern nur noch eine für beide Märkte», erklärt die Wirtschaftsvölkerrechtlerin Charlotte Sieber-Gasser. Ein Nachteil sei aber, dass durch TTIP die Produkte der EU im amerikanischen Markt bessergestellt werden und die Produkte der USA im europäischen Markt zu einem Teil auch: «Dem könnte die Schweiz unter anderem mit einem Andocken an das TTIP-Abkommen entgegnen.»

Berend Diekmann: «Dagegen spricht eigentlich nichts, aber die USA müssen damit auch einverstanden sein, und sie werden bestimmt Gegenleistungen für das Andocken verlangen.» Welche das sein könnten, erklärt Elisabeth Bürgi Bonanomi: «Betroffen werden insbesondere die Agrarzölle sein. Die USA – aber auch die EU – werden verlangen, dass sie

gesenkt werden.» Wofür sich die Schweiz auch entscheiden werde, eines sei klar: Abwarten sei keine gute Option: «Denn wenn die Schweiz nicht mitverhandelt, wird sie früher oder später das übernehmen müssen, was die anderen entscheiden haben», so Berend Diekmann. Und das sei immer schlechter, als wenn man versuche, etwas mitzugestalten. ■

TTIP polarisiert

Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Das Ziel ist die Stärkung des Handels zwischen der EU und den USA sowie die Förderung der gegenseitigen grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit. Erreicht werden soll das durch den Abbau von Handelshemmnissen und die Gewährung eines umfassenden Investitionsschutzrechtes. Ende 2016 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Befürworter gehen von positiven Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlstandseffekten auf beiden Seiten aus. Kritiker hingegen befürchten einen Abbau

von Arbeitnehmerrechten, die Liberalisierung und qualitative Verschlechterung von öffentlichen Dienstleistungen sowie den Abbau von Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards. Zudem wird das geplante Investitionsschutzabkommen als zusätzliche Hürde für eine fortschrittliche Politik und Gefahr für die Demokratie angesehen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung hat der Verein Qualitätsstrategie der schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft die Referenten Berend Diekmann, Charlotte Sieber-Gasser und Elisabeth Bürgi Bonanomi eingeladen, über das TTIP zu informieren.